

Wahlauswertung der Landtagswahl 2016 in Baden-Württemberg und Beitrag zur Strategiedebatte des Forum Demokratischer Sozialismus Baden-Württemberg

18.03.2016

Marco Radojevic

Inhaltsverzeichnis

Inhalt

1. Einführung.....	3
2. Analyse.....	5
2.1 Stadt-Land Divide.....	5
2.2 Bundestrend.....	9
2.3 Kommunale Verankerung.....	12
2.4 Fallbeispiel Freiburg: Wer wählt DIE LINKE und warum?	17
3. Bewertung von Wahlergebnisbewertungen.....	22
4. Wählerpotentiale in verschiedenen Milieus	29
4.1 Materialistische Milieus	30
4.1.1 Gewerkschaftsmitglieder	30
4.1.2 Arbeitslose	32
4.1.3 Angestellte	33
4.2 Postmaterialistische Milieus	34
4.2.1 Digital Natives	34
4.2.2 Junge Menschen mit guter Ausbildung	35
4.3 Protestwähler.....	36
5. Fazit	39
6. Literatur	40

1. Einführung

Die Landtagswahlen in Baden-Württemberg 2016 haben für DIE LINKE nicht das erhoffte Ergebnis erbracht. Mit 2.9 Prozent der abgegebenen Stimmen wurde das Wahlziel – der Einzug in den Landtag – klar verfehlt und zudem konnte das Ergebnis im Vergleich zur Landtagswahl 2011 nur um 0.1 Prozent gesteigert werden. Das Ergebnis wird in Vorstandsgremien, Parteitage und Kneipenrunden diskutiert werden (müssen). Die folgende Analyse soll diese Diskussion auf eine empirische Basis stellen, um einerseits Diskussionen zu erleichtern, aber auch eine eigene Bewertung vornehmen. Diese Analyse wird sich spezifisch auf die Landtagswahl in Baden-Württemberg konzentrieren, aber auch auf bundespolitische Entwicklungen zurückgreifen, sofern sie für eine Bewertung des Ergebnisses in Baden-Württemberg hilfreich sind. Wer sich für eine allgemeine Analyse, aller drei Landtagswahlen interessiert, dem/der sei die Auswertung von Hoff, Kahrs & Stahl¹ empfohlen, die sich dem Thema in einer Breite widmen, die ich hier nicht erreichen kann, aber im begrenzten Kontext der Wahl in Baden-Württemberg auch nicht für zielführend erachte. Gleichwohl wird auch auf die Ergebnisse der Analyse von Hoff et. al. (2016) Bezug genommen.

Die Landtagswahl in Baden-Württemberg 2016 war von zwei verschiedenen Polarisierungen geprägt: Die erste Kampflinie war hierbei das Duell um das Amt des Ministerpräsidenten zwischen Winfried Kretschmann und Guido Wolff. Die zweite Kampflinie verlief zwischen einer flüchtlingsfreundlichen und einer flüchtlingsfeindlichen Politik. Die wesentlichen Vertreter der flüchtlingsfreundlichen Linie waren hierbei BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, die SPD und DIE LINKE, die flüchtlingsfeindliche Position wurde im Kern von der CDU Baden-Württemberg und der AfD vertreten. Dabei muss aber beachtet werden, dass sich die flüchtlingsfreundliche Position ebenfalls in zwei Lager teilte: Flüchtlingspolitik merkelscher Prägung, vertreten durch Bündnis 90 / DIE GRÜNEN und eine ausgesprochen liberale Flüchtlingspolitik seitens der Partei DIE LINKE. Diese beiden Polarisierungen bzw. Kampflinien überlagerten im wesentlichen

¹ Hoff, Benjamin-Immanuel; Kahrs, Horst & Stahl, Andreas (2016): Die Ergebnisse der Landtagswahlen am 13. März 2016, Online-Publikation der Rosa Luxemburg Stiftung

alle anderen Felder der Landespolitik. Im Januar 2016 war für 73 Prozent der Bundesbürger, war die Flüchtlingspolitik bzw. die sogenannte Flüchtlingskrise das wichtigste politische Problem in der Bundesrepublik Deutschland, gefolgt von 10 Prozent der Bundesbürger, für die Arbeit und Beschäftigung die wichtigsten Probleme waren. (Hoff et. al. 2016: 55). Auch Dies sollte insbesondere die Aufmerksamkeit der politischen Betrachter erregen, da seit der Wiedervereinigung ausschließlich ökonomische Themen (Arbeitslosigkeit, Wachstum, etc.) die politische Agenda in der Bundesrepublik dominiert haben.² Es ist davon auszugehen, dass deutlich weniger als 10 Prozent der Befragten Baden-Württemberger Arbeit und Beschäftigung als wichtigstes politisches Problem betrachteten, da die wirtschaftliche Situation im Vergleich zum Rest des Bundesgebietes in Baden-Württemberg ausgesprochen gut ist. Dies bedeutet, dass DIE LINKE mit ihrem Kern- und Wahlkampfthema soziale Gerechtigkeit es kaum, vermochte mit diesen Themen durchzudringen und die mediale Debatte mitzuprägen.

Neben der gegenläufigen Problemwahrnehmung in der Bevölkerung, führte hierbei auch die traditionell geringe politische Mobilisierungsfähigkeit³ der LINKEN in Baden-Württemberg dazu, dass DIE LINKE kaum am politischen Diskurs im Bundesland teilnehmen konnte und teilnahm. Es gelang der LINKEN nicht, die Menschen zu mobilisieren, die generell eine flüchtlingsfreundliche Meinung haben: Im Februar 2016 gaben 25 Prozent der Bundesbürger an, auch sogenannte Wirtschaftsflüchtlinge in Deutschland Asyl gewähren zu wollen (Hoff et. al 2016: 57). Zwar liegen keine Daten für die Einstellung der Bevölkerung zum Thema Asyl in Baden-Württemberg vor, es ist aber nicht davon auszugehen, dass sich die Einstellung der Baden-Württemberger*innen systematisch von allen Bundesbürger*innen unterscheidet. Da die LINKE die einzige Partei ist, die sich auch sogenannten Wirtschaftsflüchtlingen gegenüber offen zeigt, hätte man es schaffen können, zumindest einen Teil dieser Wähler zu mobilisieren und damit den Einzug in den Landtag zumindest deutlich näher zu bringen. Dies wurde aber aus Gründen, die noch diskutiert werden müssen, nicht geschafft.

² Breunig, Christian (2014): Content and Dynamics of Legislative Agendas in Germany. In: Green-Pedersen, C. & Walgrave, S., editors, Tracing Political Attention: A Novel Approach to Comparative Politics, pages 125-163. University of Chicago Press, Chicago

³ Bei einer Mitgliedszahl von 3000 in Baden-Württemberg kommt auf ein LINKE Mitglied 3501 Einwohner.

Im Folgenden werden die Ergebnisse der LINKEN in Baden-Württemberg auf Wahlkreisebene analysiert.

2. Analyse

2.1 Stadt-Land Divide

Tab. 1: Wahlkreise mit dem besten Ergebnis für DIE LINKE				
Wahlkreis	Regierungsbezirk	Kandidat	Ergebnis	Zugewinn / Verlust
1. Freiburg II	Freiburg	Gregor Mohlberg	7,7	+2,8
2. Stuttgart I	Stuttgart	Hannes Rockenbauch	7,3	+3,9
3. Heidelberg	Karlsruhe	Sahra Mirow	6,1	+2,7
4. Stuttgart IV	Stuttgart	Bernd Riexinger	5,9	+1,9
5. Tübingen	Tübingen	Bernhard Strasdeit	5,3	+1,7
6. Mannheim I	Karlsruhe	Gökay Akbulut	5,1	-0,7
7. Karlsruhe II	Karlsruhe	Sabine Skubsch	4,9	+1,1
8. Karlsruhe I	Karlsruhe	Michael Brandt	4,8	+1,8
9. Freiburg I	Freiburg	Lothar Schuchmann	4,8	+2,2
10. Mannheim II	Karlsruhe	Hilke Hochheiden	4,5	+0,7

In Tabelle 1 sind die 10 Wahlkreise mit den besten Ergebnissen für DIE LINKE aufgeführt. Unter den Top 10 sind 5 Wahlkreise im Regierungsbezirk Karlsruhe, jeweils 2 im Regierungsbezirk Stuttgart und Freiburg und ein Wahlkreis im Regierungsbezirk Tübingen. Die drei Kandidaten mit dem besten Ergebnis sind Gregor Mohlberg (Freiburg II), Hannes Rockenbauch (Stuttgart I) und Sahra Mirow (Heidelberg). Auffällig ist hierbei, dass die stärksten Kandidat*innen aus den Jahrgängen '76, '80 und '84 stammen und es diesen so eventuell besser gelang das postmaterialistische Milieu in Freiburg, Stuttgart und Heidelberg anzusprechen. Die Spitzenkandidat*innen Bernd Riexinger (Stuttgart IV) und Gökay Akbulut (Mannheim I) konnten das 4. bzw. 6. beste Ergebnis im Land erringen. Auffällig ist bei diesen Top 10, dass sie alle, außer den Wahlkreisen Heidelberg und Tübingen, Teilwahlkreise einer Großstadt sind (Stuttgart, Mannheim, Karlsruhe, Freiburg, Mannheim). Mit 5.8 Prozent war der Wahlkreis Mannheim I bei der Landtagswahl 2011 noch der stärkste Wahlkreis für DIE LINKE. Gleichzeitig war Mannheim I auch der einzige Wahlkreis unter den Spitzenreitern, der ein schlechteres

Ergebnis als 2011 erreicht hat. Mit einem Zugewinn von 3,9 Prozentpunkten verzeichnete der Wahlkreis Stuttgart I den stärksten Zugewinn aller Wahlkreise im Vergleich zu 2011, gefolgt von Freiburg II und Heidelberg mit einem Plus von 2,8 bzw. 2,7 Prozentpunkte.

Tab. 2: Wahlkreise mit dem schwächsten Ergebnis für DIE LINKE			
Wahlkreis	Regierungsbezirk	Ergebnis	Zugewinn / Verlust
1. Ehingen	Tübingen	1.6	-0,4
2.- 4.Kirchheim	Stuttgart	1.8	+/- 0
2.- 4.Geislingen	Stuttgart	1.8	-1,0
2.- 4.Sigmaringen	Tübingen	1.8	-0,2
5.- 8. Freudenstadt	Karlsruhe	1.9	-0,5
5.- 8. Rottweil	Freiburg	1.9	-0,5
5.- 8. Biberach	Tübingen	1.9	-0,5
5.- 8. Wangen	Tübingen	5.9	-0,3
9.-10. Enz	Karlsruhe	2.0	-0,4
9.-10. Villingen-Schwenningen	Freiburg	2.0	-0,3

In Tabelle 2 sind die schwächsten Ergebnisse für DIE LINKE aufgeführt. In dieser Liste der zehn schwächsten Wahlkreise, befinden sich vier aus dem Regierungsbezirk Tübingen, und jeweils zwei aus den Regierungsbezirken Stuttgart, Freiburg und Karlsruhe. Der Unterschied zwischen dem stärksten Wahlkreis Freiburg II und Ehingen beträgt 6.1 Prozentpunkte. Klar ist auch, dass es sich bei diesen Wahlkreisen im wesentlichen um ländlich geprägte Wahlkreise handelt. Unter den schwächsten Wahlkreisen konnte nur Kirchheim das Ergebnis von 2011 halten, alle anderen Wahlkreise in der Schlussgruppe haben an Stärke im Vergleich zu 2011 verloren. Den größten Verlust wies hierbei Geislingen auf.

In den Regierungsbezirken kam Karlsruhe mit 3,1 Prozent auf das beste Ergebnis, war aber auch der einzige Regierungsbezirk der im Vergleich zu 2011 an Stärke verloren hat (-0,2 Prozent). Die Regierungsbezirke Stuttgart und Tübingen konnten mit einem Ergebnis von 2.8 bzw. 2.7 Prozent die Resultate von 2011 halten. Einzig der Regierungsbezirk Freiburg verzeichnete mit einem Ergebnis von 3,0 ein leichtes Plus von 0,2 Prozent im Vergleich zu 2011.

Diese erste Analyse zeigt eine Entwicklung, welche DIE LINKE Baden-Württemberg sehr ernst nehmen sollte: In unseren starken Wahlkreisen werden wir stärker und in unseren schwachen Wahlkreisen werden wir schwächer. Die Schere zwischen gutem Ergebnis und schwachem Ergebnis öffnet sich weiter. Dies kann auch als ein stärkeres Gefälle zwischen Stadt und Land interpretiert werden: Zugewinne erringen wir primär in den Städten, Verluste müssen wir primär auf dem Land verkraften. Zwar kam die LINKE in Baden-Württemberg bisher nicht über den Status einer Kleinpartei hinaus, so konnten aber bisher relativ homogene Ergebnisse im ganzen Land errungen werden. Die momentane Entwicklung deutet darauf hin, dass wir in bestimmten Regionen unseren Status als Kleinpartei festigen und ausbauen, während wir in anderen Regionen dem Status einer Mikropartei immer näher kommen: LINKE Ehingen 1,6 Prozent (ÖDP: 1,1 Prozent), LINKE Kirchheim 1,8 Prozent (REP: 1,0 Prozent), LINKE Geislingen 1,8 Prozent (ALFA 1,6 Prozent). Dieser Entwicklung entgegenzutreten muss im Landesverband oberste Priorität haben, soll ein Einzug 2021 auch nur im Bereich des Möglichen liegen. Auch in unseren schwächeren Wahlkreisen brauchen wir Ergebnisse zwischen 3,5 und 4 Prozent, soll ein Einzug in den Landtag gelingen.

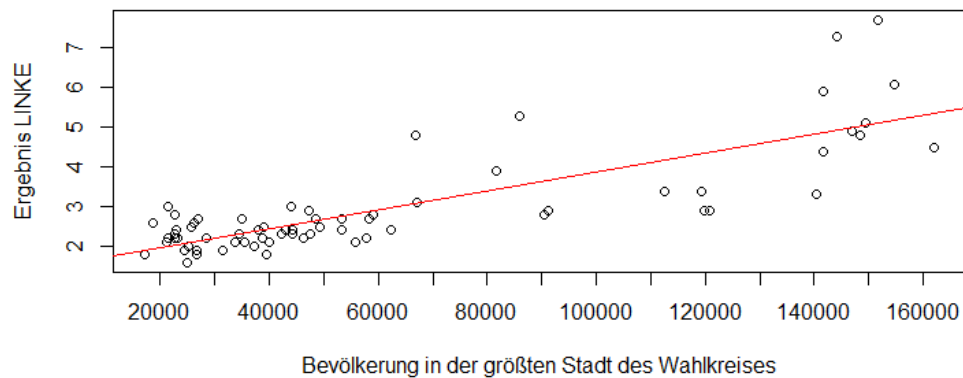
Dieser angedeutete Stadt-Land Divide bedarf einer genaueren Betrachtung. Da dieser reines Zufallsergebnis sein kann, der aus der ausschließlichen Betrachtung der zehn stärksten bzw. zehn schwächsten Wahlkreise resultiert. Da die Wahlkreise alle ungefähr die gleiche Anzahl an Einwohner*innen bzw. Wahlberechtigten haben, muss eine andere Möglichkeit gefunden werden, einen ländlichen Kreis von einem städtischen Kreis zu unterscheiden. In dieser Analyse messe ich städtische bzw. ländliche Kreise anhand der Einwohnerzahl der größten Stadt des Wahlkreises. Diese Messung hat den Vorteil, dass die Daten leicht aufzufinden sind und da die Wahlkreise sich nicht immens in der Einwohnerzahl unterscheiden, bietet die Einwohnerzahl der größten Stadt im Wahlkreis ein gutes Maß dafür, wie sehr die Wähler*innen auf Ballungszentren konzentriert sind.

Tab. 3: Größte Stadt im Wahlkreis und DIE LINKE Ergebnis	
Bevölkerung in der größten Stadt im Wahlkreis	Durchschnittliches Wahlergebnis im Wahlkreis
Unter 30000 Einwohner	2.23 %

30000 – 49999 Einwohner	2.33 %
50000 – 69999 Einwohner	2.8 %
70000 – 89999 Einwohner ⁴	4.6 %
Über 90000 Einwohner	4.56 %

Tabelle 3 zeigt die Ergebnisse dieser Analyse. Die Wahlkreise wurden in 5 Einwohnergruppen unterteilt und das jeweilige Durchschnittsergebnis für jede Gruppe aufgeführt. Diese Analyse zeigt deutlich, wie groß der Stadt-Land Devide im Ergebnis der Linken ist: In den Wahlkreisen in denen die größte Stadt unter 30 000 Einwohner hat, erringt DIE LINKE durchschnittlich gerade 2,23 Prozent, während in Gemeinden über 90 000 Einwohner durchschnittlich 4.56 Prozent gewonnen wird. Eine Tendenz ist deutlich sichtbar: Je mehr Einwohner die größte Stadt im Wahlkreis hat, desto besser schneidet DIE LINKE ab.

Grafik 1: Zusammenhang zwischen Bevölkerung in der größten Stadt des Wahlkreises und LINKE Ergebnis



Wie groß dieser Zusammenhang ist, wird in Grafik 1 deutlich. Das Ergebnis der LINKEN korreliert mit einem Wert von 0,81 mit der Einwohnerzahl der größten Stadt im Wahlkreis.

Fazit: Dies bedeutet wie schon in Tabelle 3 aufgeführt, dass das Ergebnis der LINKEN stark mit Verstädterung des Wahlkreises zusammenhängt. Dieser Zusammenhang ist ausgeprägter als bei jeder anderen Partei in Baden-Württemberg. Einen ähnlich hohen Wert weist nur die CDU auf, aber mit umgekehrten Vorzeichen. Während also DIE

⁴ In dieser Gruppe befinden sich nur zwei Wahlkreise Konstanz und Tübingen

LINKE klassische Stadtpartei ist, ist die CDU klassische Landpartei. Bei allen anderen Parteien ist der Zusammenhang zwischen Wahlergebnis und Verstärkung des Wahlkreises entweder schwach (Grüne) marginal (AfD, SPD) oder nicht vorhanden (FDP).

2.2 Bundestrend

Obwohl diese Analyse auf das Ergebnis der LINKEN in Baden-Württemberg fokussiert ist, möchte ich an dieser Stelle auf eine Entwicklung eingehen die alle Landtagswahlen am 13.03.16 gemeinsam haben: Eine Entkoppelung des Landesergebnis vom Bundestrend. In Tabelle 4 sind die Ergebnisse der Landtagswahlen in den Jahren 2011 und 2016 aufgeführt, sowie die bundesweiten Umfragewerte von Infratest dimap für DIE LINKE in Ostdeutschland und Westdeutschland.

Tab. 4: Bundestrend in Ost und West und Landtagswahlergebnisse				
Bundesland	Jahr	Ergebnis	Bundestrend Ost / West	Differenz zum Bundestrend
BaWü	2011	2,8	3,0 (24.03.11) Infratest dimap Westdeutschland	-0,2

BaWü	2016	2,9	6,0 (29.02.16) Infratest dimap Westdeutschland	-3,1
RLP	2011	3,0	3,0 (24.03.11) Infratest dimap Westdeutschland	+/- 0
RLP	2016	2,8	6,0 (29.02.16) Infratest dimap Westdeutschland	-3,2
SAN	2011	23,7	21,0 (24.03.11) Infratest dimap Ostdeutschland	+2,7
SAN	2016	16,3	20,0 (29.02.16) Infratest dimap Ostdeutschland	-3,7

Obwohl sich die Wahlergebnisse in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz kaum gegenüber der Landtagswahl 2011 verändert haben, lässt sich feststellen, dass der Abstand der Wahlergebnisse gegenüber den Umfragewerten zur Bundestagswahl in Westdeutschland deutlich zugenommen hat. Während die Landtagswahlergebnisse 2011 in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg um 0,0 bzw. -0,2 Prozentpunkte vom Bundestrend abwichen, ist diese Differenz bei den Landtagswahlen 2016, auf -3,1 bzw. -3,2 Prozentpunkte angestiegen. Die selbige Entwicklung lässt sich für Sachsen-Anhalt ebenfalls feststellen.

Diese Entwicklung lässt drei mögliche Interpretationen zu:

- A) Die Umfragewerte zur Bundestagswahl überschätzen DIE LINKE deutlich, was 2011 noch nicht der Fall war.
- B) Es findet sowohl in Ost- wie auch in Westdeutschland ein auseinanderdriften zwischen Bundesländern mit starken und schwachen Ergebnissen für DIE LINKE statt, was 2011 noch nicht der Fall war.
- C) Die Tendenz in der Wählerschaft, DIE LINKE bei Bundestagswahlen, aber nicht bei Landtagswahlen zu wählen hat zugenommen.

Zwar sind Umfragen immer mit einer gewissen Unschärfe verbunden, doch gerade bei der LINKEN waren die Übereinstimmung zwischen Umfragewerte und tatsächlichem

Ergebnis mit der Ausnahme von Sachsen-Anhalt in Ordnung. In Baden-Württemberg prognostizierte die letzte Umfrage vor der Wahl von Infratest dimap 4,0 Prozent und in Rheinland-Pfalz 4,0 Prozent. Es liegt zwar im Bereich des Möglichen – wenn auch nicht des Wünschenswerten -, dass DIE LINKE von Infratest dimap in Westdeutschland mit 6 Prozent zu hoch angesetzt wird, dies würde aber nur eine marginale Abweichung erklären und keine Abweichung von über 3 Prozent, so wie wir sie bei den Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg erleben mussten. Daher ist Interpretation A) unwahrscheinlich, wenn auch nicht gänzlich ausschließbar.

Interpretationsmöglichkeit B) erscheint realistischer. Zwar gibt es keine aktuellen Umfragedaten zu den Bundestagswahlen in den Ländern, aber hier sollte auch ein Blick auf die Umfragewerte zu den Landtagswahlen in den Ländern genügen. Die Spitzenreiter im Westen für DIE LINKE sind hierbei Hamburg, das Saarland, NRW, Hessen und Bremen mit Werten von 7 Prozent oder höher. Die Schlusslichter sind Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Bayern und Niedersachsen mit Werten von 4 Prozent und niedriger für DIE LINKE bei den jeweiligen Landtagswahlen bzw. den Umfragen zur Landtagswahl. Tatsächlich haben die heutigen Spitzenreiter im Westen im Vergleich zu 2011 deutlich zugelegt, während die Schlusslichter stagnieren oder geschrumpft sind. Beispielsweise konnte sich Hamburg von 6 Prozent 2011 auf 10 Prozent 2013, NRW von 5 Prozent auf 7 Prozent und Hessen von 3 Prozent auf 8 Prozent steigern.

Interpretationsmöglichkeit C) kann auch einen Effekt haben, der die Entwicklung in B) verstärkt. In Baden-Württemberg lagen in den letzten Jahren die Werte sämtlicher überregionaler Wahlen über den Landtagswahlergebnissen von 2011 und 2016. Bei den Europawahlen 2014 konnten 3,6 Prozent errungen werden, bei der Bundestagswahl 2013 gar 4,8 Prozent. In Rheinlandpfalz ist diese Entwicklung ebenfalls beobachtbar, mit Werten von 5,4 Prozent bei der Bundestagswahl 2013 und 3,7 Prozent bei der Europawahl 2014. Allgemein lässt sich aber sagen, dass zwar eine Diskrepanz zwischen überregionalen Wahlen und Landtagswahlen in Baden-Württemberg vorhanden ist, aber nicht zugenommen hat. Nichtsdestotrotz müssen sich die

Landesverbände fragen, warum sie es schaffen bei Bundestags- und Europawahlen regelmäßig besser abzuschneiden, als bei Landtagswahlen.

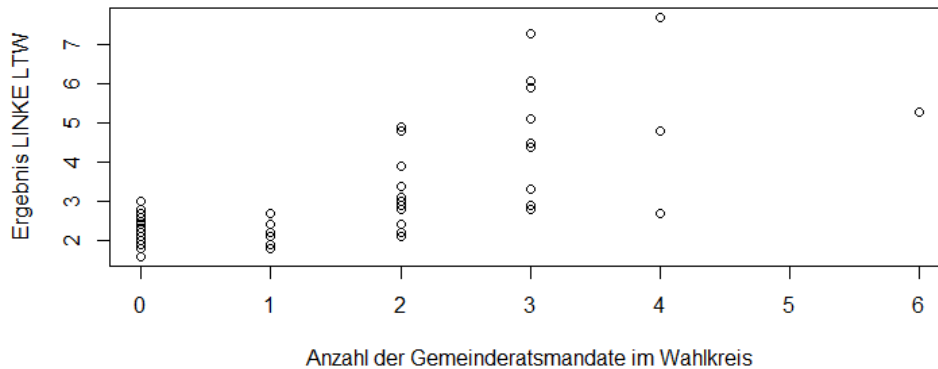
Fazit: Allgemein muss man festhalten, dass sich die Spaltung zwischen starken und schwachen Landesverbänden in Westdeutschland verschärft und die Landesverbände es selten schaffen, bei der Landtagswahl gleich stark zu mobilisieren, wie bei der Bundestagswahl. Ob dies am jeweiligen Personal, politischen Positionen oder unterschiedlichen Wählerpräferenzen liegt, kann hier nicht beantwortet werden, bedarf aber einer Analyse. Eine mögliche Erklärung wäre, dass die Präsenz in den Landtagen auch die Zustimmung im Land erhöht. Zumindest scheint dieser Effekt in Hessen, Bremen und Hamburg beobachtbar. Die Aussage, dass der Bundestrend bei den Landtagswahlen den Landesparteien nicht den Rücken stärken konnte, ist damit zumindest als verkürzt anzusehen. Zwar bewegte sich der Gesamtbundestrend bei den Wahlen 2011 auf ähnlichem Niveau, aber der Bundestrend in Westdeutschland ist 2016 im Vergleich zu 2011 deutlich gestiegen. Von diesem konnten allerdings nur einige Landesverbände profitieren und Landesverbände wie Baden-Württemberg wurden von dieser Entwicklung abhängig (oder haben sich selbst abgehängt).

2.3 Kommunale Verankerung

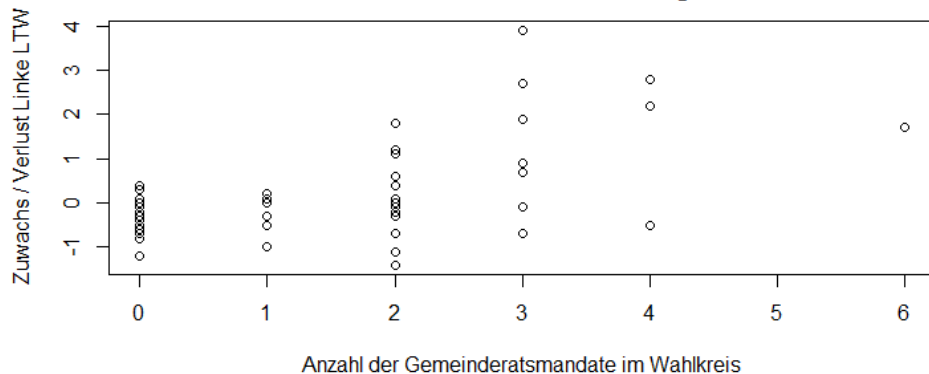
Die gängige Meinung zumindest von einem relevanten Teil der Parteimitglieder und – funktionär*innen ist es, kommunale Verankerung als Basis für gute Wahlergebnisse zu sehen. Dies soll im folgenden Abschnitt überprüft werden. Es stellt sich dabei vor allem die Frage wie kommunale Verankerung gemessen werden kann. Hier werden zwei verschiedene Messungen von kommunaler Verankerung eingesetzt: 1. Die Gesamtanzahl der Gemeinderatsmandate im Wahlkreis und 2. die Zeit in Jahren, in der DIE LINKE bereits in den Gemeinderäten vertreten ist. Messvariante 1 ist logisch, da eine höhere Anzahl an Gemeinderäten, auf größeren Rückhalt in der Bevölkerung hindeutet und zudem DIE LINKE in den kommunalen Parlamenten und daher auch in den lokal Medien sichtbar wird. Die Logik der Messvariante 2 ist, dass ein längeres kommunales Engagement auf eine tiefere Verwurzelung in der Kommune hindeutet, da es schwer vorstellbar ist, dass Kommunen in denen DIE LINKE erstmals seit 2014 in den Gemeinderäten vertreten ist, die gleiche Verwurzelung erreichen konnte, wie DIE

LINKE in Kommunen, in denen sie schon seit der Kommunalwahl 2009 oder gar 2004 vertreten ist.

Grafik 2: Gemeinderatsmandate im Wahlkreis und LINKE Ergebnis



Grafik 3: Gemeinderatsmandate im Wahlkreis und Zuwachs/Verluste LINKE Ergebnis



In Grafik 2 und 3 ist die Anzahl der vorhandenen Gemeinderatsmandate in den jeweiligen Wahlkreis in Relation zum Wahlkreisergebnis (Grafik 2) und den Zuwächsen bzw. Verlusten gesetzt. Generell lässt sich sagen, dass DIE LINKE deutlich schwächer abschneidet und größere Verluste bei der Landtagswahl erlitten hat, wenn im Wahlkreis ein Gemeinderatsmandat oder weniger vorhanden ist. In diesen Wahlkreisen konnte kaum ein Zugewinn bei der Landtagswahl erreicht werden: Von den insgesamt 42 Wahlkreisen mit einem Mandat oder weniger konnten nur fünf ihr Ergebnis verbessern. In Wahlkreisen mit zwei oder mehr kommunalen Mandaten konnten tendenziell stärkere Ergebnisse eingefahren werden, auch wenn diese nicht von Verlusten verschont

geblieben sind: Von den 27 Wahlkreisen mit zwei Gemeinderatsmandaten oder mehr mussten elf Wahlkreise Verluste hinnehmen, die aber hauptsächlich auf die Gruppe der Wahlkreise mit zwei Gemeinderatsmandaten konzentriert ist. Zwar ist eine hohe Anzahl von Gemeinderatsmandaten kein Garant für gutes Abschneiden bei der Landtagswahl, dennoch scheint aber mit der Anzahl der Gemeinderatsmandate auch die Wahrscheinlichkeit zu sinken, ein schlechtes Ergebnis bzw. Verluste einzufahren.

In Tabelle 5 ist die Zeitspanne aufgeführt, seit der DIE LINKE (und ihre Vorgängerparteien) in den Gemeinderäten in den Wahlkreisen präsent ist und das durchschnittliche Ergebnis in den jeweiligen Kreisen. Auf den ersten Blick scheint es so, dass die Länge der Gemeinderatsvertretung der LINKEN stark mit einem besseren LINKE Ergebnis zusammenhängt. Um dieses genauer unter die Lupe zu nehmen, wird in Tabelle 6 noch nach der Einwohnerzahl der bevölkerungsreichsten Stadt im Wahlkreis differenziert.

Tab. 5: Zeitspanne der kommunalen Vertretung in den Wahlkreisen und durchschnittliches LINKE Ergebnis	
Jahre mit mindestens einem Gemeinderatsmandat im Kreis	Durchschnittliches Ergebnis LTW 2016
Kein Mandat	2,271
2 Jahre	2,309
7 Jahre	2,77
12 Jahre	4,8
17 Jahre und mehr	5,31

Tab. 6: Zeitspanne der kommunalen Vertretung in den Wahlkreisen und durchschnittliches LINKE Ergebnis differenziert nach Urbanität des Wahlkreises			
Bevölkerung in der größten Stadt im Wahlkreis	der im	Jahre mit mindestens einem Gemeinderatsmandat im Kreis	Ergebnis LTW 2016

Unter 30000 Einwohner	Kein Mandat	2,27
	2 Jahre	2,17
	7 Jahre	1,8*
30000-49999 Einwohner	Kein Mandat	2,27
	2 Jahre	2,26
	7 Jahre	2,76*
50000-69999 Einwohner	Kein Mandat	2,3
	2 Jahre	2,7*
	7 Jahre	2,6
	17 Jahre und mehr	4,8*
70000-90000 Einwohner	17 Jahre und mehr	4,35*
Über 90000 Einwohner	7 Jahre	3,05
	12 Jahre	4,8*
	17 Jahre und mehr	5,55
*Drei oder weniger Wahlkreise mit dieser Ausprägung an Merkmalen		

Es wird klar, dass der Zusammenhang zwischen kommunaler Verankerung bei einer Differenzierung nach Urbanität des Wahlkreises, weniger deutlich ist. In den am ländlichsten geprägten Wahlkreisen (Unter 30000 Einwohner) scheint es keinerlei Zusammenhang zwischen Länge der Gemeinderatsvertretung und LINKE Ergebnis zu geben. Der Zusammenhang zwischen längerer Gemeinderatsvertretung und LINKE Ergebnis wird aber deutlicher je urbaner der Wahlkreis wird. Dieses Phänomen ist wohl dadurch zu erklären, dass die ländlichen Wahlkreise weniger auf ein (städtisches) Zentrum ausgerichtet sind und daher die mediale, soziale und politische Wirkung eines Gemeinderatsmandats für DIE LINKE nur einen Effekt auf einen kleinen Teil der Wähler*innenschaft hat, während natürlich in Wahlkreisen in denen 50 Prozent oder mehr der Wahlberechtigten in einer Stadt konzentriert sind, die Wirkung eines Mandats in eben dieser Stadt einen viel größeren Effekt auf das Wahlergebnis hat. In Tabelle 7 wurde das gleiche Vorgehen gewählt, wie in Tabelle 6 allerdings werden hier Zuwachs und Verluste der LINKEN bei der Landtagswahl untersucht.

Tab. 7: Zeitspanne der kommunalen Vertretung in den Wahlkreisen und durchschnittliche LINKE Ergebnis differenziert nach Urbanität des Wahlkreises				
Bevölkerung in der größten Stadt	der im	Jahre mit mindestens einem Gemeinderatsmandat im Kreis	Zuwachs / Verluste LTW 2016	

Wahlkreis		
Unter 30000 Einwohner	Kein Mandat	-0,237
	2 Jahre	-0,075
	7 Jahre	-1*
30000-49999 Einwohner	Kein Mandat	-0,357
	2 Jahre	-0,06
	7 Jahre	-0,433*
50000-69999 Einwohner	Kein Mandat	-0,25
	2 Jahre	-0,15*
	7 Jahre	-0,7
	17 Jahre und mehr	+2,6*
70000-90000 Einwohner	17 Jahre und mehr	+1,45*
Über 90000 Einwohner	7 Jahre	+0,1
	12 Jahre	+/-0*
	17 Jahre und mehr	+1,975
*Drei oder weniger Wahlkreise mit dieser Ausprägung an Merkmalen		

Hier zeigt sich ein ähnliches Bild: Der Zusammenhang zwischen Länge der Gemeinderatsvertretung der LINKEN und Verlusten / Zuwächsen bei der Landtagswahl ist stärker in den urbanen Wahlkreisen. Allerdings ist dieser Effekt generell deutlich schwächer. Die Länge der Gemeinderatspräsenz der LINKEN hat demnach nur einen sehr leichten Effekt auf die Gewinne und Verluste bei der Landtagswahl.

Doch was ist für DIE LINKE wichtiger? Anzahl der Gemeinderatsmandate in einem Wahlkreis oder die Länge der Vertretung in einem Gemeinderat? Eine Regressionsanalyse zeigt hier ein recht eindeutiges Bild⁵:

Wenn man für die Urbanität eines Wahlkreises und ob im Wahlkreis eine Universität angesiedelt ist kontrolliert, bleibt der Effekt der Länge der Gemeinderatsvertretung signifikant, während die Anzahl der Gemeinderatsmandate im Wahlkreis keinen signifikanten Effekt auf das Ergebnis hat. Das statistische Modell besagt, dass jedes Jahr der Gemeinderatsvertretung das Ergebnis bei der Landtagswahl um 0,082 Prozentpunkte steigert. Dieser Effekt mag aufs Jahr gesehen nur schwach sein, aber bei 10 Jahre Gemeinderatspolitik der LINKEN bedeutet dies eine Steigerung im Ergebnis

⁵ Da diese Wahlanalyse sich an eine breite Leserschaft richtet, wird an dieser Stelle darauf verzichtet die Regressionsstabelle abzubilden. Sozial- und politikwissenschaftlich interessierte bekommen diese aber auf Anfrage.

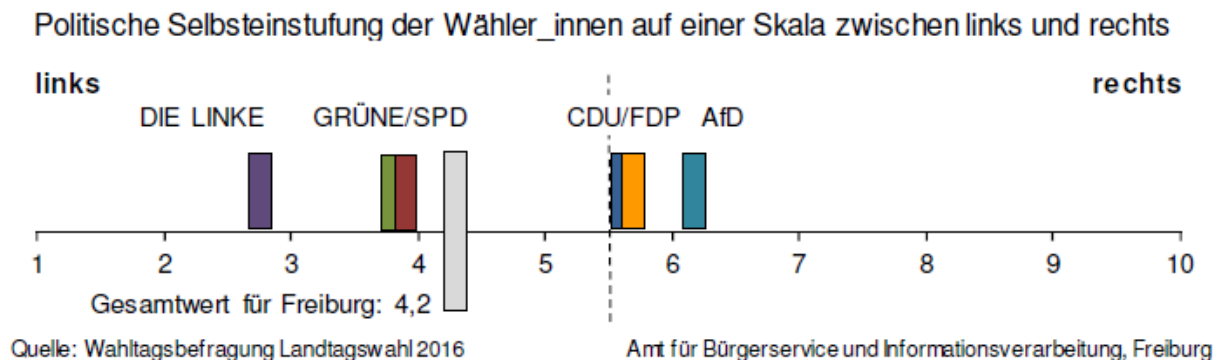
von 0,82 Prozentpunkten. Zum Vergleich: dieses Modell sagt eine Steigerung des LINKE Ergebnisses von 0,85 Prozentpunkten bei der Präsenz einer Universität voraus und eine Steigerung des Ergebnisses von 0,07 Prozentpunkten pro 10000 Einwohner*innen mehr in der größten Stadt des Wahlkreises.

Fazit: Allgemein lässt sich also sagen, dass sich die Arbeit in Kommunalparlamenten für DIE LINKE auszahlt und sich positiv auf das Wahlergebnis der Landtagswahl niedergeschlagen hat. Die Stärke der LINKEN in den Gemeinderäten ist dabei deutlich unwichtiger, als die Dauer der Präsenz der LINKEN in diesen. Generell ist der Effekt der Arbeit in den Gemeinderäten stärker in urbanen Wahlkreisen, da hier mehr Wahlberechtigte direkt von der Arbeit der LINKEN mitbekommen (und profitieren) können. Für die nächsten Kommunalwahlen muss es daher Ziel sein, gerade in ländlichen Gebieten eher breit in der Fläche zu kandidieren als konzentriert auf eine Stadt. Wenn DIE LINKE Baden-Württemberg in den nächsten Landtag einziehen will, dann hat die Präsenz der LINKEN in den Gemeinderäten eine nicht zu vernachlässigende Bedeutung. Die Ergebnisse der Kommunalwahl 2014 haben sich bisher aber noch kaum auf das Wahlergebnis niedergeschlagen, was auch nicht weiter verwunderlich ist. Der Ergebnisse der Kommunalwahl 2014 lassen aber auf ein besseres Ergebnis bei der Landtagswahl 2021 hoffen, sofern bei der Kommunalwahl 2019 die bisherigen Gemeinderatsmandate gehalten werden können und der Einzug in weitere Gemeinderäte geschafft werden kann.

2.4 Fallbeispiel Freiburg: Wer wählt DIE LINKE und warum?

Der statistische Infodienst Freiburg hat am Wahltag eine Befragung von 6 Prozent der Freiburger Wähler*innen durchgeführt. Diese Befragung liefert wertvolle Einsicht in eine der wichtigsten Hochburgen der Partei DIE LINKE in Baden-Württemberg. Ob die

Wähler*innenschaft der LINKEN in Freiburg vergleichbar mit denen anderer Wahlkreise ist oder ob Freiburg eine gänzliche Sonderrolle als Universitätsstadt einnimmt kann hier nicht beantwortet werden. Aber Insbesondere in Kombination mit der Wählerbefragung in Freiburg zur Bundestagswahl dürften sich hier Tendenzen in der Veränderung unserer Wählerschaft ablesen lassen.



Generell lässt befindet sich die Wählerschaft Freiburgs deutlich links der Mitte. DIE LINKE weist dabei die Wähler*innenschaft auf, die politisch am deutlichsten Links positioniert ist, gefolgt von den Wählern der GRÜNEN und SPD. Besonders interessant ist hierbei, dass die Wähler*innen von SPD und GRÜNEN den Wählern*innen der LINKEN politisch näher stehen, als der CDU und FDP. Die Mittetendenzen die oftmals SPD und GRÜNEN in Baden-Württemberg nachgesagt werden, kann zumindest für deren Wähler*innenschaft in Freiburg nicht festgestellt werden.

In den Tabellen 8 – 11 sind demografische Daten der LINKEN Wähler*innen in Freiburg bei der Landtagswahl 2016 und Bundestagswahl 2013:

Tab. 8: Bildungsabschluss der LINKEN Wähler*innen in Freiburg bei der Landtagswahl 2016 und Bundestagswahl 2013 (Zweitstimme)					
Höchster Bildungsabschluss	LTW 2016	BTW 2013	Veränderung zur LTW 16	LTW 2011	Veränderung zur LTW 16
Hochschulabschluss	45 %	33 %	+12 %	43%	+2 %
Abitur	37 %	44 %	-7 %	32%	+5 %

Mittlere Reife / Realschule	17 %	13 %	+4 %	18%	-1 %
Hauptschulabschluss	2 %	9 %	-7 %	8%	-6 %

Quelle: Wahlbefragung Landtagswahl 2016 / 2011 & Bundestagswahl 2013 Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung Freiburg

Tab. 9: Alter der LINKEN Wähler*innen in Freiburg bei der Landtagswahl 2016 und Bundestagswahl 2013 (Zweitstimme)

Altersgruppen	LTW 2016	BTW 2013	Veränderung zur LTW 16	LTW 2011	Veränderung zur LTW 16
18 – unter 25	15 %	16 %	-1 %	7 %	+ 8 %
25 – unter 35	43 %	26 %	+17 %	17 %	+ 26 %
35 – unter 45	10 %	13 %	-3 %	17 %	-7 %
45 – unter 60	23 %	34 %	-11 %	44%	-21 %
60 bis unter 70	7 %	9 %	-2 %	14 %	
Über 70	2 %	3 %	-1 %		

Quelle: Wahlbefragung Landtagswahl 2016 / 2011 & Bundestagswahl 2013 Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung Freiburg

Tab. 10: Berufsfelder der LINKEN Wähler*innen in Freiburg bei der Landtagswahl 2016 und Bundestagswahl 2013 (Zweitstimme)

Berufsfeld	LTW 2016	BTW 2013	Veränderung zur LTW 16	LTW 2011	Veränderung zur LTW 16
Arbeiter*innen	22 %	20 %	+2 %	16 %	+6 %
Angestellte	63 %	53 %	+10 %	61 %	+2 %
Beamte	6 %	8 %	-2 %	5 %	+1 %
Selbstständige / Freie Berufe	9 %	19 %	-10 %	18 %	-9 %

Quelle: Wahlbefragung Landtagswahl 2016 / 2011 & Bundestagswahl 2013 Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung Freiburg

Tab. 11: Berufsstatus der LINKEN Wähler*innen in Freiburg bei der Landtagswahl 2016 und Bundestagswahl 2013 (Zweitstimme)

Berufsstatus	LTW 2016	BTW 2013	Veränderung zur LTW 16	LTW 2011	Veränderung zur LTW 16
Niedrig	19 %	26 %	-7 %	30 %	-11 %
Mittel	59 %	53 %	+6 %	60 %	-1 %
Hoch	22 %	22 %	+/-0 %	10 %	+12 %

Quelle: Wahlbefragung Landtagswahl 2016 / 2011 & Bundestagswahl 2013 Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung Freiburg

Zwar kann davon ausgehen, dass sich die Wähler*innenschaft in anderen Wahlkreisen anders zusammensetzt als in Freiburg, aber die Richtung des Wähler*innenwandels dürfte die gleiche sein.

Die wichtigsten Veränderung in der Wähler*innenschaft werden hier stichpunktartig zusammengefasst:

1. Die Wähler*innenschaft der LINKEN wird jünger: Die dramatischste Entwicklung vollzieht sich im Alter der LINKEN-Wähler*innen. Machten Wähler*innen unter 35 bei der Landtagswahl 2011 noch 24 Prozent der Wähler*innen aus, stieg der Anteil dieser Gruppe bei der Bundestagswahl 2013 auf 42 Prozent und bei der Landtagswahl 2016 gar auf 58 Prozent an.
Der Anteil der Gruppe der Wähler*innen die 35 und älter sind sank gleichzeitig von 75 Prozent bei der Landtagswahl 2011 auf 59 Prozent bei der Bundestagswahl 2013 und auf 59 Prozent und bei der Landtagswahl 2016 auf 42 Prozent.
2. Die Wähler*innenschaft der LINKEN ist besser ausgebildet: Der Anteil der Wähler*innen mit Abitur oder Hochschulabschluss stieg von 75 Prozent bei der Landtagswahl 2011 auf 77 Prozent bei der Bundestagswahl 2013 und schließlich auf 82 Prozent bei der Landtagswahl 2016. Gleichzeitig sank insbesondere der Anteil der Wähler*innen mit Hauptschulabschluss von 8 Prozent bei der Landtagswahl 2011 auf 2 Prozent bei der Landtagswahl 2016. Allgemein hatte DIE LINKE 2016 in Freiburg den höchsten Anteil der gut und sehr gut ausgebildeten Wähler*innen aller Parteien.
3. Der soziale Status der LINKEN Wähler steigt: Kamen 2011 noch 30 Prozent der Wähler aus unteren Statusmilenus so sank dieser Anteil 2016 auf 19 Prozent. Der Anteil der Wähler mit hohem Status stieg von 10 Prozent auf 22 Prozent. Der übergroße Teil der LINKE Wähler in Freiburg hat aber einen mittleren Status.
4. Die Wählerschaft wird männlicher: Der Anteil von Frauen an den LINKEN Wähler*innen machte 2011 59 Prozent aus, 2013 53 Prozent und bei dieser Landtagswahl 48 Prozent aus.

Das wahlentscheidende Thema für LINKE Wähler*innen war 2016 erwartungsgemäß mit über 60 Prozent soziale Gerechtigkeit. Eine ähnliche Höhe erreichte dieses Thema

bei der Bundestagswahl 2013. Dies ist wenig verwunderlich, da soziale Gerechtigkeit weithin als das Kernthema der LINKEN angesehen wird. Interessanter ist bei dieser Landtagswahl das Thema das für den zweitgrößten Teil der LINKE-Wähler*innen wahlentscheidend war: Flüchtlinge / Asyl / Ausländer war für ca. 45 Prozent der LINKE-Wähler*innen in Freiburg wahlentscheidend. Dies ist insofern verwunderlich, da im Regelfall soziale Gerechtigkeit mit wesentlich deutlicherem Abstand das wichtigste Thema für Wähler*innen der LINKEN ist. Eine mögliche Erklärung für die starke Wirkung des Flüchtlingsthemas ist, dass unter allen Wählern in der Gruppe der unter 35-Jährigen Flüchtlinge das entscheidende Thema war. Bei den unter 25-Jährigen gaben 62 Prozent das Flüchtlingsthema als wahlentscheidendes Thema an (Soziale Gerechtigkeit 31 Prozent) und bei den 25 - 34 Jährigen 49 Prozent der Wähler*innen (Soziale Gerechtigkeit 30 Prozent). Da DIE LINKE bei der Landtagswahl insbesondere bei diesen Gruppen immer stärker wird, ist davon auszugehen, dass diese Wähler*innen aufgrund der Flüchtlingssolidarität der Partei DIE LINKE zu dieser gewechselt / gefunden haben. In diesen beiden Gruppen sind die nächstwichtigsten Themen soziale Gerechtigkeit, Bildung und Umwelt.

Will DIE LINKE dieser Wähler*innengruppe dauerhaft an sich binden und die Anzahl der Wähler*innen in der Gruppe vergrößern, ist eine Öffnung zu diesen „weichen“ Themen zentral. Soziale Gerechtigkeit, sollte daher in zukünftigen Wahlkämpfen um die Themen Umwelt und Bildung als zentrale Wahlkampfthemen ergänzt werden.

Interessant ist hierbei auch, dass sich von allen LINKEN-Anhänger*innen die zur Wahl gingen, 64 Prozent für DIE LINKE entschieden haben, 6 Prozent für die SPD, 24 Prozent für DIE GRÜNEN und unter ca. 1 Prozent für die AfD. Gleichzeitig konnten 6 bzw. 5 Prozent der GRÜNEN bzw. SPD Anhänger für DIE LINKE gewonnen werden. Aufgrund der deutlich höheren Stimmenzahl von GRÜNEN und SPD dürfte man aber Netto nichts an diese Parteien verloren, sondern im Gegenteil sogar hinzugewonnen haben. Es scheint also, dass es zumindest in Freiburg einen relativ regen Wähler*innenaustausch zwischen SPD, GRÜNEN und LINKEN gibt, was angesichts der ideologischen Nähe der Wähler*innenschaft dieser Parteien auch nicht überrascht. DIE LINKE in Freiburg scheint dagegen weitgehend immun gegen Abwanderung an die AfD

zu sein, was durch den sehr hohen Anteil an gut ausgebildeten und jungen Wählern*innen erklärt werden dürfte. Die gleiche Entwicklung ist auch in Tübingen zu Beobachten.⁶

Das diese Tendenzen auch auf das gesamte Bundesland übertragbar sind, zeigen Hoff et. al (2016: 36): Während DIE LINKE im gesamten Bundesland gerade 1 Prozent der Wähler mit einfacher Bildung erreichte, konnten 4 Prozent der Wähler mit hoher Bildung gewonnen werden. Auch im ganzen Bundesland wird überdurchschnittlich unter den jüngeren abgeschnitten: Während unser Wähler*innenanteil bei den über 34-Jährigen bei 3 Prozent und weniger liegt, schafft DIE LINKE Baden-Württemberg unter den 25 bis 34-Jährigen einen Wähleranteil von 4 Prozent und bei den 18-24 Jährigen gar einen Anteil von 6 Prozent. Für Baden-Württemberg gilt also, je älter die Wähler*in desto unwahrscheinlicher ist es, dass diese ihr Kreuz bei der LINKEN macht. Bei den Berufsgruppen zeigt sich, dass wir in etwa gleichstark bei den Angestellten, Arbeiter*innen und Selbstständigen abschneiden, aber ein schwächeres Ergebnis bei den Beamt*innen haben.

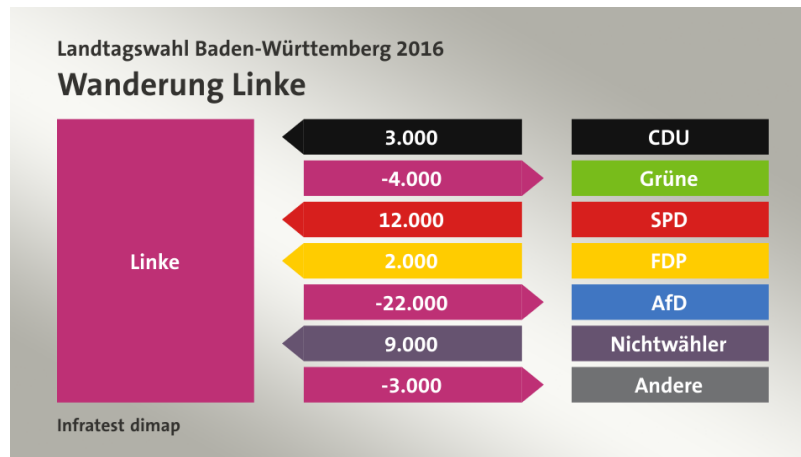
Fazit: In der LINKEN Hochburg Freiburg werden unsere Wähler*innen, jünger, sind besser ausgebildet und haben einen höheren sozialen und beruflichen Status. Zwar wird die Höhe der entsprechenden Wähler*innengruppen direkt nur auf die anderen Universitätsstädte übertragbar sein, aber es ist davon auszugehen, dass sich dieser Wähler*innenwandel in der Tendenz im ganzen Bundesland vollzieht. Thematisch sollten auf diese Entwicklung seitens der Partei reagiert werden, da diese Wähler*innengruppen teilweise andere Präferenzen haben als die bisher von der Landespartei nach außen getragenen Themen. Soziale Gerechtigkeit muss und soll Kernthema bleiben, es bedarf aber einer starken Bearbeitung von „weichen“ und postmaterialistischen Themen, um jüngere Wähler stärker an uns zu binden.

3. Bewertung von Wahlergebnisbewertungen

⁶ Tübinger Tagblatt (2016) – „SPD und CDU speisen GRÜNE“ vom 15.03.16

Pressekonferenz zum Ergebnis der Landtagswahlen

Katja Kipping (sinngemäß zitiert): „*Unsere Wähler haben taktisch bzw. das kleinere Übel gewählt*“

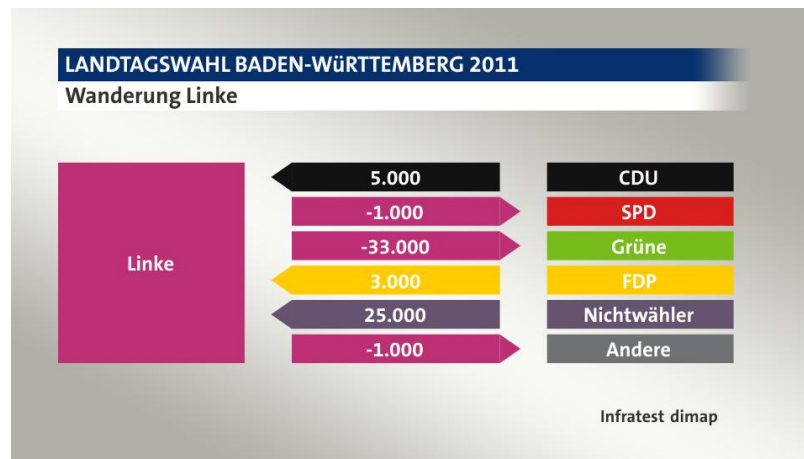


Quelle: Tagesschau / Infratest Dimap

Zumindest für Baden-Württemberg lässt sich für das Jahr 2016 kein großer Effekt des taktischen Wählens ausmachen. DIE LINKE hat 4000 Stimmen an das „kleinere Übel“ BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN verloren. Wenn man die Wähler*innenwanderung im Verhältnis zur gesamten Grün-Roten Regierungskoalition betrachtet, dann hat DIE LINKE gar netto 8000 Stimmen von dieser dazugewonnen. Von den insgesamt ca. 156 000 Stimmen, welche DIE LINKE gewonnen hat, sind demnach 7,6 Prozent Stimmen von ehemals sozialdemokratischen Wählern*innen. Hätte man keine 4000 Stimmen an die Grünen verloren, so hätte dies ein Zuwachs bei der absoluten Stimmenanzahl von 2,5 Prozent bedeutet.

Fazit: Das Wahlergebnis von 2016 isoliert betrachtet lässt sich nicht über eine Abwanderung an Stimmen durch taktische Wähler*innen erklären. Im Gegenteil hat DIE LINKE sogar Stimmen von der Koalition dazugewonnen.

Bernd Riexinger (sinngemäß zitiert): „*Die Wähler die vor 5 Jahren taktisch gewählt haben, haben dies 2016 wieder getan*“



Quelle: Tagesschau / Infratest Dimap

Zwar kann auf Basis der vorhandenen Daten, kein Schluss auf das individuelle Wahlverhalten gezogen werden, aber Macrotendenzen können durchaus nachfolzogen werden. 2011 hat DIE LINKE 34000 Stimmen an SPD und GRÜNE verloren. Wenn man annimmt, dass all diese Wähler*innen aus taktischen Gründen die zukünftige Koalition gewählt haben, zeigt sich 2016 folgendes Bild: Der Nettostimmenzuwachs von 8000 Stimmen bei der Landtagswahl 2016, denn DIE LINKE von den Koalitionär*innen erringen konnte und 34000 Stimmen welche DIE LINKE 2011 an die Koalitionär*innen verloren hat, addieren sich zu einem Stimmverlust von 26000 an SPD und Grüne. Hätte man 2016 all diese Stimmen gewonnen, so wäre die absolute Stimmenanzahl der Partei DIE LINKE um ca. 16 Prozent gestiegen. Dies hätte – bei gleichbleibender Wahlbeteiligung – einem Ergebnis von 3,36 Prozent oder einem Zuwachs von 0,4 Prozentpunkten gegenüber dem tatsächlichen Ergebnis besprochen.

Fazit: Sofern man annimmt, dass alle Wähler die wir 2011 an SPD und GRÜNE verloren haben taktische Wähler waren, so lässt sich über die beiden Landtagswahlen 2011 und 2016 ein Nettoverlust von 26 000 Stimmen durch taktische Wähler ausmachen. Ein Zurückgewinnen dieser hätte DIE LINKE aber nicht über die Sperrklausel gehoben und das Ergebnis bei der Landtagswahl nur marginal gesteigert.

Katja Kipping (sinngemäß zitiert): *Uns war klar, dass eine Position für Weltoffenheit und Solidarität uns Stimmen kosten kann.*

Wenn man davon ausgeht, dass alle Stimmen, die in Baden-Württemberg an die AfD abgewandert sind, durch unseren Kurs der „Weltoffenheit und Solidarität“ verloren wurden, so zeigt sich folgender Effekt auf das Ergebnis. Rechnet man die 22 000 Stimmen der AfD auf das vorhandene Ergebnis an, so hätte dies ein Ergebnis von ca. 3,3 Prozent oder ein Stimmenzuwachs von 14 Prozent bedeutet.

Allerdings ist in diesem Themenkomplex die entscheidendere Frage, warum es nicht geschafft wurde, die Wähler*innen in Baden-Württemberg an uns zu binden, die für eine liberale Flüchtlingspolitik eintreten, da der Wähler*innenanteil, der eine liberale Flüchtlingspolitik befürwortet, wohl deutlich über den erreichten 2,9 Prozent liegt. Hier sei nochmal die Zahl von 25 Prozent der Bundesbürger*innen aufgeführt, die im Februar 2016 angaben, auch sogenannten Wirtschaftsflüchtlingen Asyl gewähren zu wollen.

Eine weitere entscheidende Frage ist, ob man diese 22 000 Wähler*innen an die AfD aufgrund der Flüchtlingspolitik als solche verloren hat, oder ob diese Wähler 2011 schon Protestwähler waren und dieses Mal die AfD als bessere Option für eine „Denkzettelstimme“ wahrgenommen haben. Das muss aber, bis weitere Daten vorhanden sind, unbeantwortet bleiben.

Fazit: Wenn man annimmt, dass die Wähler*innen, die an die AfD abgewandert sind, dies aufgrund unserer Flüchtlingspolitik getan haben, so zeichnet sich ein leicht negativer Effekt dieser Position ab. Allerdings ist fragwürdig, ob diese Wähler*innen aufgrund der Flüchtlingspolitik abgewandert sind oder nicht doch aus Protest die AfD gewählt haben und nie wirklich Stammwähler*innen waren. Weiterhin muss sich gefragt werden, warum man die Teile der Bevölkerung nicht an uns binden konnte, die eine Pro-Flüchtlingshaltung aufwiesen und aufweisen.

Wenn man nun annimmt, dass der negative Effekt des taktischen Wählens und den „negativen Effekt“ des Kurses der „Weltoffenheit und Solidarität“ wären nicht zu tragen gekommen, so hätte DIE LINKE bei der Landtagswahl 2016 maximal ein Ergebnis von 3,77 Prozent erringen können, was immer noch deutlich unter der Sperrklausel liegt.

Bernd Riexinger (sinngemäß zitiert): *Wir sind in den Unistädten gewachsen.*

Grundsätzlich ist es immer schwer zu definieren, was eine Universitätsstadt ausmacht, da man darunter so verschiedene Städte wie Konstanz, Freiburg, Tübingen, Ulm, Karlsruhe, Heidelberg, Mannheim und Stuttgart fassen muss. Zudem gibt es in Baden-Württemberg noch zahlreiche Standorte anderer Hochschularten, bei denen sich die Frage stellt, ob man diese auch unter den Begriff „Universitätsstadt“ subsummiert. Da Bernd Riexinger damit sicherlich nur die Städte mit Universitäten im klassischen Sinne gemeint hat, muss man folgende Städte als Universitätsstandorte bezeichnen: Mannheim (Universität Mannheim), Konstanz (Universität Konstanz), Stuttgart (Universität Stuttgart & Universität Hohenheim), Karlsruhe (Karlsruher Institut für Technologie), Ulm (Universität Ulm), Tübingen (Universität Tübingen), Friedrichshafen (Zeppelin Universität), Freiburg (Universität Freiburg), Heidelberg (Universität Heidelberg).

Tab. 1 '2: Wahlergebnis der LINKEN in Wahlkreisen mit einer Universität			
Wahlkreis	LINKE Ergebnis	Differenz zum landesweiten Ergebnis	Zugewinne / Verluste
Mannheim I	5,1	+2,2	-0,7
Mannheim II	4,5	+1,6	+0,7
Konstanz	3,9	+1,0	+1,2
Stuttgart I	7,3	+4,4	+3,9
Stuttgart II	3,3	+0,4	+0,9
Stuttgart III	4,4	+1,5	+0,7
Stuttgart IV	5,9	+3,0	+1,9

Karlsruhe I	4,8	+1,9	+1,8
Karlsruhe II	4,9	+2,0	+1,1
Ulm	2,9	+/-0,0	+/-0,0
Tübingen	5,3	+2,6	+1,7
Freiburg I	4,8	+1,9	+2,2
Freiburg II	7,7	+4,8	+2,8
Heidelberg	6,1	+3,2	+2,7
Bodensee	2,7	-0,2	-0,7

Generell lässt sich sagen, dass die Universitätsstandorte systematisch besser abschneiden, als der Landesschnitt. Die größten Zugewinne konnten hierbei in Stuttgart I, Freiburg II und Heidelberg verzeichnet werden. Der einzige Universitätsstandort mit einem schlechteren Ergebnis als der Landesschnitt ist hierbei der Bodenseekreis mit der Zeppelin Universität Friedrichshafen. Allerdings besuchen gerade einmal 1300 Studierende die Universität in Friedrichshafen und sind daher nur ein äußerst kleiner Teil der gesamten Wahlberechtigten. Mannheim I verliert ebenfalls, bleibt aber über dem Landesschnitt. Das verhältnismäßig schwache Ergebnis lässt sich wohl zum Teil, über die kleine Studierendenzahl in Mannheim erklären. Interessanterweise konnten im verhältnismäßigen bürgerlichen Süden von Mannheim Stimmen hinzugewonnen werden, während der als sozialer Brennpunkt bekannte Norden Mannheims Verluste für DIE LINKE einbrachte. Das größte Rätsel wirft hierbei Ulm auf: Obwohl über 10 000 Studierende die dortige Universität besuchen, konnte kein Zugewinn erreicht werden. Das Ergebnis befindet sich ebenfalls nicht über dem Landesschnitt. Hier muss im Laufe der nächsten fünf Jahre auf Ursachenforschung gegangen werden. Unter den „klassischen“ Universitätsstädten (Städte in denen Studierende und deren Mitarbeiter einen großen Teil der Wähler*innenschaft ausmachen) Freiburg, Konstanz, Heidelberg und Tübingen, wurden bei allen große Zugewinne eingefahren. Die stärksten Zugewinne konnten unter diesen Städten in Freiburg und Heidelberg verzeichnet werden, die geringsten in Konstanz.

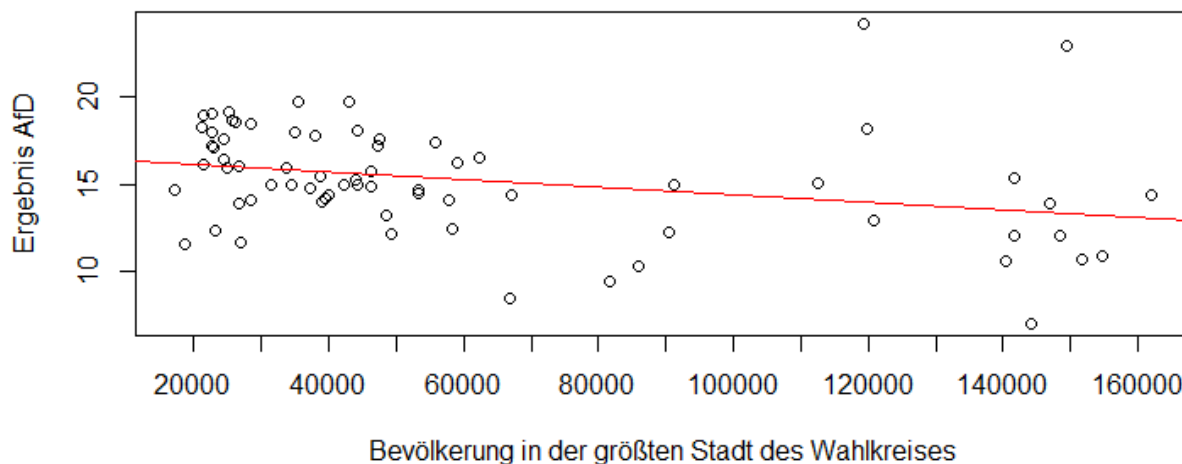
Fazit: DIE LINKE ist in Universitätsstandorten gewachsen, dieses Wachstum ist aber keinesfalls homogen, sondern unterscheidet sich teilweise erheblich. Insbesondere Ulm schneidet für einen Universitätsstandort schlecht ab und in Konstanz dürfte noch

Potential für Zugewinne vorhanden sein. Der Bodenseekreis hat zwar eine Uni, ist aber aufgrund der kleinen Studierendenzahl benachteiligt.

Bernd Riexinger (sinngemäß zitiert): *Im ländlichen Raum hat uns die Flüchtlingsfrage Stimmen gekostet.*

Leider gibt es meines Wissens nach keine Daten zur Wähler*innenwanderung auf Wahlkreis-Ebene. Deshalb ist unser einziger Indikator für die Prävalenz einer negativen Haltung zu Flüchtlingen auf dem Land das AfD-Wahlergebnis. Es muss sich daher gefragt werden, ob die AfD auf dem Land tendenziell besser abgeschnitten hat, da ja bereits bekannt ist, dass DIE LINKE in Städten besser abschneidet.

Grafik 2: Zusammenhang zwischen Bevölkerung in der größten Stadt des Wahlkreises und AfD Ergebnis



In Grafik 2 ist der Zusammenhang zwischen der Bevölkerung in der größten Stadt des Wahlkreises und dem AfD Ergebnis im Wahlkreis abgebildet. Die Korrelation beträgt hier $-0,30$. Dies bedeutet, dass ländlichere Wahlkreise tatsächlich mit einem höheren AfD-Ergebnis assoziiert sind. Allerdings ist dieser Zusammenhang deutlich schwächer als bei der LINKEN, bei der die Bevölkerung in der größten Stadt des Wahlkreises mit einem Wert von $0,81$ mit dem LINKE Ergebnis korreliert. Auffällig ist weiterhin, dass die beiden besten Ergebnisse der AfD in den Städten Mannheim und Pforzheim

eingefahren wurden und das schlechteste AfD Ergebnis ebenfalls in einer Stadt liegt, nämlich Stuttgart. Auf der anderen Seite schnitt die AfD in den ländlichen Kreisen Emmendingen, Breisgau und Ravensburg ebenfalls unterdurchschnittlich ab. Aufgrund der schwachen Korrelation und zahlreicher Fälle, die der angenommenen Beziehung entgegenstehen, sollte man zumindest sehr vorsichtig mit der Behauptung umgehen, dass die AfD auf dem Land stärker ist. Persönlich bin ich mir sicher, dass andere Indikatoren einen viel größeren Effekt auf das AfD Ergebnis haben (Durchschnittseinkommen, Arbeitslosigkeit, Verbreitung von höherer Bildung in der Bevölkerung etc.).

Fazit: Da man also nur schwerlich davon sprechen kann, dass die AfD auf dem Land besser abgeschnitten hat, als in der Stadt, so ist nicht davon auszugehen, dass DIE LINKE auf dem Land systematisch aufgrund der Flüchtlingspolitik Stimmen verloren hat. Sollte man tatsächlich Stimmen aufgrund der Flüchtlingsfrage auf dem Land verloren haben, so dürfte dieser Effekt sehr klein sein und keinen signifikanten Unterschied beim Wahlergebnis gemacht haben.

4. Wählerpotentiale in verschiedenen Milieus

Die nachfolgende Bewertung hat nicht den Anspruch alle Milieus zu bewerten in denen DIE LINKE stimmen bekommt, sondern legt besonderen Fokus auf die Gruppen die entweder für die bisherige Verankerung der LINKEN in Baden-Württemberg zentral waren, Gruppen bei denen wir an Zuspruch verlieren und Gruppen bei denen wir an Zuspruch gewinnen und gewinnen können. Die Einschätzung zu den einzelnen Gruppen beruhen zwar auf der Analyse von Wahldaten, der vorgeschlagene Umgang und die Wichtigkeit dieser Milieus ist aber ein subjektives Urteil, das zwar nicht aus der Luft gegriffen ist, aber weniger auf Daten gestützt ist, als der Rest dieser Wahlanalyse. Im Wesentlichen sollen hierdurch Diskussionen ausgelöst werden, ob der Fokus auf bestimmte Wähler*innengruppen richtig war und welche neuen Wähler*innengruppen grundsätzlich attraktiv für DIE LINKE sind.

4.1 Materialistische Milieus

Materialistisch geprägte Milieus sind seit jeher Kernadressat und Partner demokratisch-sozialistischer Politik. In diesen Milieus erzielt die LINKE nach wie vor überdurchschnittliche Ergebnisse und kann mit ihrem Kernthema soziale Gerechtigkeit punkten. Dennoch ist zu beobachten, dass der Rückhalt in dieser Wählergruppe tendenziell sinkt. Für DIE LINKE ist es zentral sich in diesen Milieus stärker zu etablieren und die Unterstützung für die Partei dort zu erhöhen. Dennoch gilt gerade für DIE LINKE Baden-Württemberg, dass das Wähler*innenpotential aus strukturellen und demografischen Gründen, in einigen dieser Gruppen begrenzt ist und die Öffnung gegenüber postmaterialistischen Milieus geboten ist, sollte der Landesverband langfristig erfolgreich sein.

4.1.1 Gewerkschaftsmitglieder

Der LINKEN Baden-Württemberg sollte ebenfalls das relativ schwache Abschneiden unter Gewerkschaftsmitgliedern zu denken geben. Zwar konnte DIE LINKE Baden-Württemberg im Gegensatz zur LINKEN Rheinland-Pfalz einen deutlich größeren Anteil der Gewerkschaftsmitglieder dafür gewinnen, bei der LINKEN ihr Kreuz zu machen (4,5 Prozent vs. 2,9 Prozent in Rheinland-Pfalz)⁷, dennoch wirft dieses Ergebnis einige Fragen auf: Der baden-württembergische Landesverband gilt gemeinhin als stark gewerkschaftsorientiert, stellte sozialpolitische Themen klar in den Vordergrund der Wahlkampagne („plus sozial“) und konnte mit dem Bundesvorsitzenden Bernd Riexinger einen ehemaligen Gewerkschafter als Spitzenkandidaten vorweisen. DIE LINKE weißt unter allen Gewerkschaftsmitgliedern das schwächste Ergebnis der relevanten Parteien in Baden-Württemberg auf. Zwar dürfte das schwächere Abschneiden als die FDP darüber erklärbar sein, dass auch nicht DGB-Gewerkschaften befragt wurden (u.a. Beamtenbund), aber auch unter den DGB-Gewerkschaftsmitgliedern dürfte DIE LINKE in Baden-Württemberg deutlich hinter GRÜNE, CDU, SPD und AfD zurückbleiben. Dies ist angesichts der Positionierung als Partei der Arbeiter eine höchst bedenkenswerte Entwicklung. Angesichts der stetig sinkenden Mitgliedszahlen der Gewerkschaften (DGB

⁷ IG-Metall (2016) – Ergebnisse der Landtagswahl am 13. März 2016 in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt

2005: 6,7 Mio., 2015: 6 Mio.⁸⁾) und der stetig sinkenden Unterstützung für DIE LINKE unter Gewerkschaftsmitgliedern (Bei der Landtagswahl 2011 stimmten noch 6 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder für DIE LINKE, bei der Landtagswahl 2006 gar 7 Prozent für die WASG), muss sich gefragt werden, inwieweit die starke Gewerkschaftsorientierung des Landesverbandes noch gerechtfertigt ist, gerade wenn im Gegensatz zu den Gewerkschaften in anderen Wählergruppen (starke) Zugewinne erreicht werden konnten. Kurioserweise wird DIE LINKE nach wie vor hauptsächlich aufgrund des Themas Soziale Gerechtigkeit gewählt, aber weniger von den klassischen „pressure groups“ für Sozial Gerechtigkeit, sondern von der „solidarischen Mitte“ und jungen – nicht gewerkschaftsgebundenen - Menschen mit hoher Bildung.

Der schwindende Rückhalt bei Gewerkschaften ist auf eine klassische Dilemmasituation unter den Gewerkschaften zurückzuführen: Gewerkschaften sind als klassische Lobbyorganisation für Sozial- und Arbeitsmarktpolitik einerseits daran interessiert möglichst große Gewinne für ihre Mitglieder zu verhandeln und zu erkämpfen, welche unbestreitbar am ehesten mit der LINKEN zu erreichen wären. Gleichzeitig benötigen Gewerkschaften aber einen Zugang zur (Regierungs)macht und politischen Eliten in Regierung und Verwaltung, um ihre Vorstellungen Gesetz werden zu lassen. Auch wenn dabei Kompromisse eingegangen werden müssen. Da DIE LINKE in Baden-Württemberg mittel-, und vielleicht auch langfristig, die Rolle der außerparlamentarischen und eventuell parlamentarischen Opposition einnimmt, fehlt ihr ein Zugang zur Macht, welcher aber wesentliche Voraussetzung im sozialpartnerschaftlichen / korporatistischen Interessensvermittlungssystem für gewerkschaftliche Arbeit ist. DIE LINKE wird daher zwar in konkreten Auseinandersetzungen, Streiks und Arbeitskämpfen als Partner und Verbündeter angesehen, im parlamentarischen Wettbewerb verliert DIE LINKE aber für die Gewerkschaften an Attraktivität, da mit andern Parteien (SPD / GRÜNEN) ein wesentlich einfacherer Zugang zur Macht erreicht werden kann. Kurz gesagt: Die sozialpartnerschaftliche Ausrichtung der Gewerkschaften, macht DIE LINKE für diese nicht sonderlich attraktiv. Dies bedeutet keinesfalls, dass DIE LINKE keine stärkeren

⁸⁾ <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/5837/umfrage/mitgliederzahlen-der-gewerkschaften/>

Ergebnisse unter den Gewerkschaften einfahren kann als in der Gesamtbevölkerung, aber die starke Institutionalisierung in Gesetz und Praxis und die starke Verankerung der Sozialpartnerschaft in der politischen Kultur der Gewerkschaften, macht DIE LINKE strukturell nicht mehrheitsfähig unter diesen. Daher bedeutet eine stärkere Bindung an die Gewerkschaften nicht notwendigerweise eine stärkere Unterstützung bei Wahlen durch diese.

Allgemein lässt sich also sagen, der gute Kontakt zu den Gewerkschaften ist zwar eine Stärke des Landesverbandes Baden-Württemberg, aber es ist nicht damit zu rechnen, dass ohne massive politische Verschiebungen, welche DIE LINKE in BaWü kaum von selbst herbeiführen kann, der Wähler*innenanteil unter Gewerkschafter*innen nennenswert ausgebaut werden kann.

4.1.2 Arbeitslose

DIE LINKE Baden-Württemberg konnte bei der Landtagswahl ein gutes Ergebnis unter Arbeitslosen erreichen. Der Wähler*innenanteil der LINKEN unter Arbeitslosen lag bei 6 Prozent, was ungefähr dem doppelten Anteil der Wähler*innen in der Gesamtbevölkerung entspricht. Zwar ist dieses Ergebnis erfreulich, doch wirkte sich dieses überdurchschnittliche Abschneiden bei den Arbeitslosen nur marginal auf das Ergebnis aus: Die niedrige Arbeitslosigkeit von ca. 4 Prozent gepaart mit der allgemein niedrigeren Wahlbeteiligung unter Arbeitslosen führt dazu, dass auch das überdurchschnittliche Abschneiden unter Arbeitslosen bei der absoluten Stimmenanzahl nur wenig ins Gewicht fällt. Selbst wenn alle Arbeitslose in Baden-Württemberg DIE LINKE wählen würde, wäre ein Einzug in den Landtag kaum sicher gewesen. Zwar muss allein in Anbetracht unserer Wertvorstellungen, Arbeitslose weiterhin als Kernadressaten linker Politik verstanden werden und es muss ebenfalls hart dafür gekämpft werden, den Wähleranteil unter Arbeitslosen zu erhöhen, durch Offensiven in sozialen Brennpunkten und kluge Kommunalpolitik, doch ist das Wähler*innenpotential unter Arbeitslosen in Baden-Württemberg relativ gering. Allein die (stetig wachsende) Anzahl der eingeschriebenen Studierenden in Baden-Württemberg liegt deutlich höher, als die Zahl der Arbeitslosen. Der Rückhalt unter Arbeitslosen muss dennoch gestärkt werden, es müssen aber ebenfalls andere Wählergruppen angesprochen werden, soll

ein Einzug in den Landtag im Bereich des Möglichen liegen. Etwaige Strategien zur Gewinnung von Arbeitslosen müssen aber an anderer Stelle entwickelt und diskutiert werden.

4.1.3 Angestellte

Während der Wähler*innenanteil der LINKEN unter Arbeiter*innen stagniert, können wir unseren sowieso schon vergleichsweise hohen Rückhalt unter den Angestellten ausbauen. Es ist aber zumindest fragwürdig – so wie es hier getan wird – alle Angestellte als Teil der materialistischen Milieus zu begreifen. Unter diesen Begriff fällt sowohl der von Prekarisierung betroffene Altenpfleger, die befristet angestellte Postdoktorandin, wie auch der finanziell abgesicherte leitende Angestellte mit Hochschulabschluss in einem mittelständischen Unternehmen. Die große Gemeinsamkeit dieser Personen dürfte das Interesse an sozialer Gerechtigkeit und gesellschaftlichem Zusammenhalt sein. Sei dies nun mit Eigennutz oder ideellen Vorstellungen begründet. Das Beispiel Freiburg zeigt, dass diese Gruppe mit über 60 Prozent einen großen Teil unserer Wählerschaft ausmachen kann, landesweit wählen uns zwar nur 3 Prozent der Angestellten, doch dürfte gerade in dieser Gruppe ein hohes Wähler*innenpotential für DIE LINKE schlummern, wie man u.a. in Freiburg sehen kann. Während Arbeiter*innen in Baden-Württemberg bei dieser Landtagswahl zu 55 Prozent Parteien rechts der Mitte (CDU, FDP, AfD) gewählt haben, haben aber nur 45 Prozent der Angestellten diesen Parteien die Stimme gegeben. Unter den Parteien links der Mitte erreichten die GRÜNEN 36 Prozent, die SPD 13 Prozent und DIE LINKE 3 Prozent bei den Angestellten. Aufgrund der bereits diskutierten ideologischen Nähe zwischen SPD, GRÜNE und LINKE Wählern und der Wählerwanderung zwischen diesen Parteien, dürfte klar sein, dass hier große Zuwächse für DIE LINKE möglich sind. Insbesondere eine mögliche Koalition zwischen GRÜNE und CDU, bei der das Thema soziale Gerechtigkeit einen relativ geringen Stellenwert einnehmen wird, könnte dazu dienlich sein, angestellte Wähler*innen von den GRÜNEN für DIE LINKE zu gewinnen. Um diese Wähler*innen zu erreichen, muss neben sozialer Gerechtigkeit ein stärkerer Fokus auf postmaterialistische Themen (Umwelt, Bürger*innenrechte, Beteiligung, Migrationspolitik) gerichtet werden.

4.2 Postmaterialistische Milieus

4.2.1 Digital Natives

Die Analyse von Netzpolitik.org, einem der wichtigsten Organe der (politisch) organisierten Internetcommunity wurde das Wahlprogramm der LINKEN zur Landtagswahl Baden-Württemberg als bestes der antretenden Parteien im Bereich Netzpolitik ausgezeichnet.⁹ Dies spricht einerseits für eine gute Arbeit derer, die die entsprechenden Teile des Wahlprogramms geschrieben haben bzw. Anträge an dieses gestellt haben, aber eben auch für eine steigende Offenheit der netzpolitischen Community für DIE LINKE. Auch / die Unterstützung 36 prominenter Ex-Piraten für die Berliner Linke und der Übertritt von Daniel Schwerd (MdL) von der Piratenpartei zur LINKEN muss in dieser Richtung gedeutet werden. Der Landesverband der LINKEN Baden-Württemberg hat ebenfalls einen entsprechenden Wahlaufruf für DIE LINKE an Piratenwähler*innen adressiert. Da von der zu erwartenden Grün-Schwarzen Koalition in Baden-Württemberg – wie auch schon von Grün-Rot – keine großen Vorstöße im Bereich Netzpolitik zu erwarten sind, ist es an der LINKEN die Digital Natives und die netzpolitische Community im Ländle stärker hinter der LINKEN zu versammeln und etwaige (enttäuschte) Abwanderer*innen, die sich etwa an die GRÜNEN gebunden haben, durch eine überzeugende Positionierung in diesem Bereich zurückzugewinnen. Eine gute netzpolitische Positionierung alleine, wird hier aber nicht ausreichen, da diese Themen (ähnlich wie andere postmaterialistische Themen) nicht im Vordergrund der Kommunikation des Landesverbandes stehen. Diesen Themen muss daher sowohl bei Veranstaltungen, der Social Media Kommunikation und auch im Wahlprogramm eine stärkere Stellung eingeräumt werden, wenn neue Wähler*innen und Mitglieder aus der netzpolitischen Gemeinde gewonnen werden sollen. Die Frage ob die bisherigen Beteiligungsstrukturen für Mitglieder aus diesen Milieus attraktiv sind, muss ebenfalls gestellt werden. Man sollte sich ebenfalls fragen, ob Diskussionen zum bedingungslosen Grundeinkommen eine stärkere Rolle im Landesverband einnehmen müssen, da dieses sozialpolitische Konzept in dieser Wähler*innengruppe (aber auch anderen postmaterialistischen Milieus) nach wie vor auf Anklang stößt. Hier könnte also der

⁹ <https://netzpolitik.org/2016/baden-wuerttemberg-netzpolitischer-check-der-wahlprogramme-zur-landtagswahl-2016/>

Bogen zwischen der Öffnung zu neuen Wähler*innen- und Mitgliedergruppen zur klassischen Programmatik als Partei der sozialen Gerechtigkeit geschlagen werden.

4.2.2 Junge Menschen mit guter Ausbildung

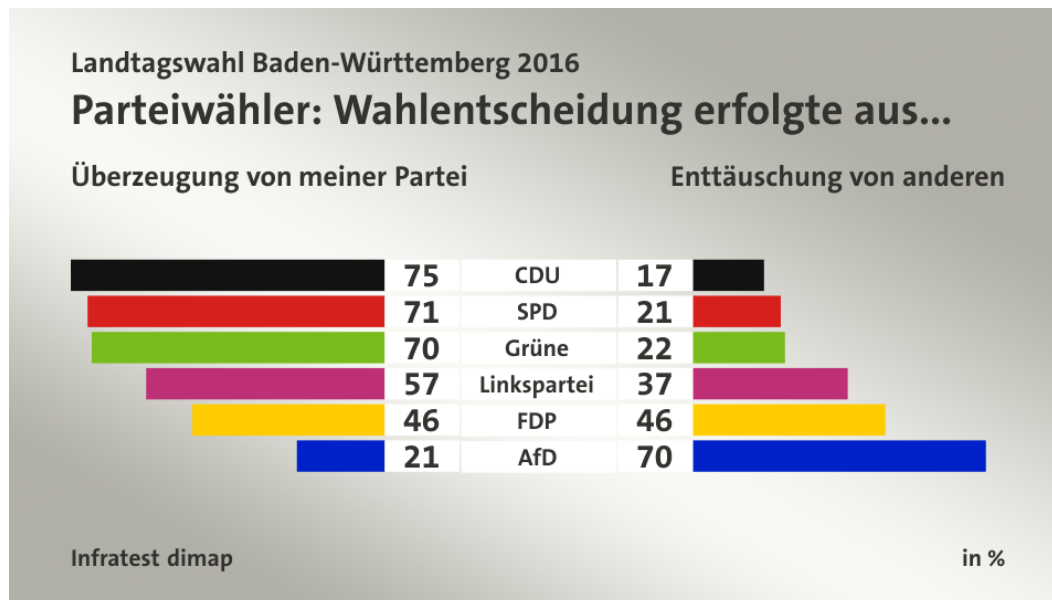
Wie schon mehrmals in dieser Analyse zu Sprache gekommen ist, konnte DIE LINKE Baden-Württemberg vor allem Zuwächse bei jungen, gut ausgebildeten Menschen verzeichnen und hat in dieser Bevölkerungsgruppe neben den Arbeitslosen den größten Rückhalt. Dieser Trend ist insofern bemerkenswert, da er sich in zahlreichen anderen Ländern mit unterschiedlichen politischen Systemen und gesellschaftlichen Wertvorstellungen ähnlich entwickelt. Hier seien nur PODEMOS und die Kampagne des US-Sozialisten Bernie Sanders angesprochen, die in überwältigender Mehrheit von jungen Menschen mit guter bis sehr guter Ausbildung getragen werden. Diese Entwicklung spielt sich in vielen Ländern ab und es handelt sich dabei keineswegs um Zufall. Zwar spielt für diese Gruppe das Gerechtigkeitsempfinden subjektiv eine sehr hohe Rolle, gleichzeitig ist aber das Interesse an postmaterialistischen Themen im Vergleich zur Gesamtbevölkerung deutlich ausgeprägter. Daher wird diese Gruppe für die Analyse ins postmaterialistische Milieu eingeordnet. Diese Gruppe an Wählern*innen sieht sich als erste Generation im Nachkriegskapitalismus damit konfrontiert, dass sie obwohl sie hochqualifiziert sind, keine gesicherte Perspektive haben und zumindest in den ersten Berufsjahren von prekärer Beschäftigung betroffen sind. Hier seien insbesondere befristete Arbeitsverträge erwähnt. Gleichzeitig erfüllt sich für diese Generation das sozialdemokratische Nachkriegsversprechen, dass bei genug Anstrengung ein höherer Lebensstandard als der der Eltern erlangt werden kann, nicht mehr notwendigerweise. Dennoch stehen eben auch postmaterialistische Themen hoch im Kurs: Netzpolitik (siehe Digital Natives), Demokratisierung, Flüchtlingssolidarität und Freiheits- sowie Bürger*innenrechte. Es kann nicht genug betont werden, dass DIE LINKE nicht nur – aber vor allem – in Baden-Württemberg diese Wähler*innenschaft an sich binden muss, um parlamentarisch erfolgreich zu werden, aber auch um diese Gesellschaft ernsthaft verändern zu können. Es wäre ein politisches Todesurteil für uns, sollte es uns es nicht gelingen dieses Milieu an uns zu binden oder gar an einen

politischen Gegner zu verlieren, da sich hier die Chance auftut eine neue Stammwähler*innenschaft (und Mitglieder) zu gewinnen, während unsere klassische Stammwähler*innenschaft demografisch schrumpft. Deshalb ist es zu empfehlen, dass in den nächsten 5 Jahren ein Hauptaugenmerk auf diese Gruppe gelegt wird. Hier ist unser Rückhalt schon groß, aber unser Potential noch größer. Wenn man von der Kampagne von Bernie Sanders eins mitnehmen muss, dann die Erkenntnis, dass sofern eine Aktivierung der jungen, hochqualifizierten, netzaffinen Publikums gelingt, eine Kampagnenfähigkeit und Dynamik möglich wird, die kein Parteiapparat selbst bewerkstelligen könnte. Neben einer thematischen Ergänzung, die hier schon mehrmals angesprochen wurde, bedarf es dazu aber auch struktureller Veränderungen und Veränderungen der politischen Kultur im Landesverband. Dies ist insbesondere ein Fokus auf positive Visionen einer politischen Zukunft, Mut seitens der Parteifunktionäre Kontrollverlust zuzulassen und eine Abkehr von zentraler Planung, hin zu einer dezentralen Planung, welche durch den Apparat unterstützt wird. Die Partei muss hier mehrere Andockstationen bieten: Es muss möglich sein – was es ja schon ist – in sozialen Bewegungen mitzuarbeiten, eine Chance zu bekommen auch an zentraler Stelle auf Funktionsebene mitzuarbeiten und die Perspektive auf parlamentarische Arbeit zu bekommen. Dies bedeutet für den zukünftigen Landesvorstand insbesondere auch, dass Entscheidungen so frühzeitig kommuniziert werden, dass diese im Zweifelsfall von der Basis hinterfragt und geändert werden können. Kurz: Die Partei muss ein Klima der Partizipation schaffen, welches über die monatliche Sitzung im Vereinsheim oder Parteibüro hinausgeht und sich gleichzeitig neuen Themen gegenüber weiter öffnen ohne das Thema soziale Gerechtigkeit und gesellschaftlicher Zusammenhalt zu vernachlässigen.

4.3 Protestwähler

Ein gutes Drittel der LINKE Wähler*innen in Baden-Württemberg gab der Partei die Stimme aus Enttäuschung von anderen Parteien und 57 Prozent aus Überzeugung. Damit konnte DIE LINKE einen deutlich höheren Anteil an Proteststimmen gewinnen als CDU, SPD und GRÜNE, aber deutlich weniger als FDP und AfD. In der medialen und wissenschaftlichen Betrachtung war das starke Ergebnis der LINKEN bei der

Bundestagswahl 2009 auf Protestwähler*innen zurückzuführen, seitdem so lautet zumindest die gängige Meinung außerhalb und innerhalb der Partei hat die LINKE Anziehungskraft für Protestwähler*innen verloren.



Quelle: Tagesschau / Infratest Dimap

DIE LINKE hat sich im Laufe ihres Bestehens definitiv etabliert. Die äußert sich nicht nur an einer zumindest teilweise gelungenen Westausdehnung und relativ stabilen Umfragewerten, sondern es ist, vor allem im Vergleich zu 2009, ein mediales und verbales Abrüsten gegenüber der Partei seitens der politischen Gegner eingetreten. Die Beteiligung an Landesregierungen – hier sei insbesondere Thüringen genannt - hat einer breiteren Öffentlichkeit ebenfalls gezeigt, dass DIE LINKE ministrabel geworden ist. Dieser Wandel wird ebenfalls dadurch unterstrichen, dass DIE LINKE neue Wählerschichten erschließt, während zumindest ein Teil der Protestwähler abgezogen ist. Der Wunsch Protestwähler zurückzugewinnen ist zwar einerseits verständlich, aber es muss in Frage gestellt werden, ob dies überhaupt möglich ist und ob dies sich tatsächlich in Nettozugewinne bei Wahlen niederschlägt. Es liegt schon im Charakter der Denkkettel- bzw. Protestwahl, dass es praktisch unmöglich ist, diese Wähler langfristig an eine Partei zu binden. Innerhalb der letzten sieben Jahre zog ein großer Teil der Protestwähler*innen von der LINKEN zu den PIRATEN und mittlerweile zur AfD.

Ob die AfD diese langfristig an sich binden kann, darf bezweifelt werden, wenngleich dies auch nicht bedeutet, dass die AfD mittelfristig wieder aus dem Parteiensystem der Bundesrepublik verschwinden wird. Wenn nun innerhalb der Partei darüber diskutiert wird, wie Protestwähler*innen zurückgewonnen werden können, stellt sich die Frage ob der Habitus der Protestpartei qua Parteitagsbeschluss wieder gewonnen werden kann – ich bin der Überzeugung das dies nicht funktioniert – und wenn dies mögliche wäre, eine Rückkehr zur reinen Protestpartei uns von den neuhinzugewonnen Wählern*innen entfremden würde. Im Übrigen möchte ich hier auch argumentieren, dass der Verlust der Protestwähler*innen nicht über einen politischen und kulturellen Wandel innerhalb der Partei stattgefunden hat, denn das politische Koordinatensystem innerhalb der Partei hat sich seit 2009 nur unwesentlich verschoben und auch die Beteiligung an Protesten, Streiks und das Engagement in Bewegungen ist nicht zurückgegangen. Man macht sich nicht zur Protestpartei, sondern man wird für eine bestimmte Zeit von Protestwählern*innen zur Protestpartei gemacht. Es mag sein, dass die Zeiten in denen man durch den Zustrom an Protestwähler*innen überraschende und große Wahlerfolge feierte etwas aufregender waren, aber ein kontinuierlicher Ausbau der Verankerung in der Bevölkerung und der eigenen Stammwähler*innenschaft zahlt sich langfristig mehr aus, als auf das russisch Roulette der Protestwählerschaft zu setzen. Der Verlust von 22 000 Stimmen an die AfD mag schmerzhaft sein, dennoch haben dieser Wähler*innen nicht über unseren Einzug in den Landtag entschieden und wir konnten dennoch unsere Stimmenanzahl – wenn auch marginal – steigern. Auch wenn Protestwähler*innen unberechenbar sind, ist es schwer vorstellbar, dass diese einer Partei die Stimme geben mit der sie überhaupt nicht übereinstimmen.

DIE LINKE in Baden-Württemberg sollte sich damit abfinden, dass ein Teil der Protestwähler*innen dauerhaft verloren wurde. Ein Versuch dieser zurückzugewinnen, dürfte aber kaum von Erfolg geprägt sein und bringt die Gefahr mit sich neue Stammwähler*innen von der Partei fernzuhalten.

5. Fazit

Die Wahlniederlage bei der Landtagswahl Baden-Württemberg war für die Partei bitter. DIE LINKE Baden-Württemberg hat ihre schwache Mobilisierungsfähigkeit im Wahlkampf gespürt und hatte es an sich der Dominanz des Flüchtlingsthemas und der Entscheidung über den Ministerpräsidenten schwer gehabt eigene Akzente zu setzen. Es konnte zwar ein Teil der flüchtlingssolidarischen und postmaterialistischen Wähler*innen gewonnen werden, der groß genug war um Verluste durch den Wegfall der Protestwähler zu verhindern, aber nicht groß genug war, um mehr als marginale Zugewinne zu erreichen. Das Stadt-Land Gefälle hat sich in Bezug auf die Wahlergebnisse der LINKEN dramatisch verschärft und auch in Westdeutschland zeichnet sich eine Spaltung zwischen erfolgreichen und marginalisierten Landesverbänden ab, der zum bereits bestehenden Ost-West Gefälle in der Partei hinzustößt. Wir gewinnen stark bei jungen Wähler*innen hinzu, verlieren oder stagnieren aber gleichzeitig bei älteren Wähler*innen. In den Städten in denen wir kommunal verankert sind, schneiden wir tendenziell besser ab, wobei eine kommunale Verankerung kein Garant für gute Wahlergebnisse ist. Im Bereich kommunale Verankerung ist es wichtiger langfristig in den Kommunalparlamenten präsent zu sein, als viele Mandate zu gewinnen. Die Wähler*innenschaft unserer Partei ist einem starken Wandlungsprozess unterzogen: weg von prekarierten Wähler*innen mittleren Alters hin zu jungen, hochqualifiziertem Wähler*innen mit tendenziell höherem beruflichem Status. Teile der bisherigen Ursachenforschung zum Wahlergebnis kann auf Basis einer Datenanalyse widerlegt werden: Taktisches Wählen hat nur einen kleinen Unterschied im Ergebnis gemacht, unsere solidarische Position gegenüber Flüchtlingen hat uns zumindest in Baden-Württemberg wenig Stimmen gekostet, sondern im Gegenteil eher einen Zuwachs an Stimmen eingebracht. Ob uns unsere flüchtlingssolidarische Position auf dem Land nennenswert Stimmen gekostet hat, darf auch bezweifelt werden. Generell ist darüber nachzudenken, wie wir unseren Stimmenanteil in den

Gewerkschaften und bei Arbeitslosen halten und wieder ausbauen. Dabei muss aber klar sein, dass das Wählerpotential in diesen Gruppen relativ gering ist. Das größte Wählerpotential für DIE LINKE Baden-Württemberg haben wir bei Angestellten, Digital Natives und jungen, hochqualifizierten Wähler*innen ausgemacht. Es wäre dazu zu raten, an unsere starke Positionierung im Bereich soziale Gerechtigkeit durch postmaterialistische Themen wie z.B. Netzpolitik, Bürger*innenrechte und Beteiligung zu ergänzen. DIE LINKE Baden-Württemberg muss alte Strukturen hinterfragen und sich als Partei öffnen, sowie multiple Andockstationen für linke Politik bieten. Dazu habe ich Vorschläge skizziert, die aber natürlich noch ausgearbeitet und diskutiert werden müssen. Der Wegfall von Protestwähler*innen mag zwar für die Partei bitter sein, aber es gibt zumindest aus meiner Sicht keine einfache Möglichkeit diese zurückzugewinnen und dauerhaft an die Partei zu binden, ohne gleichzeitig die dazugewonnenen Wähler*innen von der Partei zu entfremden.

6. Literatur

Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung Freiburg (2016) - Wahlbefragung Landtagswahl 2016

Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung Freiburg (2011) - Wahlbefragung Landtagswahl 2011

Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung Freiburg (2013) – Wahlbefragung Bundestagswahl 2013

IG-Metall (2016) – Ergebnisse der Landtagswahl am 13. März 2016 in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt

Tübinger Tagblatt (2016) – „SPD und CDU speisen GRÜNE“ vom 15.03.16